

# Nicht den Weg des geringsten Widerstandes einschlagen

## Bürgerinitiative im Mittelrheintal schreibt Minister Alexander Dobrindt

**Rheingau.** (av) – Der Slogan „von der Straße auf die Schiene“ habe sicherlich seine Berechtigung, wenn auch nicht in dem Maße, wie sich das einige ideologisch verblendete Gruppierungen und Lobbyverbände in der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt hätten, um ihre rein wirtschaftlichen Interessen rigoros durchzusetzen, ließ der Vorsitzende der Bürgerinitiative im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V., Willi Pusch, in einem Schreiben an Verkehrsminister Alexander Dobrindt wissen. „Es ist in der Tat klar ersichtlich, dass unsere Autobahnen und Fernstraßen bereits heute mehr als überlastet sind“, so Pusch. Jedoch jetzt den Weg des geringsten Widerstandes einzuschlagen und den Lkw-Transportverkehr auf die Schiene verlagern zu wollen, könne nicht das Mittel der Wahl sein. Denn die zum Teil über 160 Jahre alten Bahntrassen, wie auch die im Rheintal, seien den Anforderungen eines modernen Schienengüterverkehrs des 21. Jahrhunderts nicht gewachsen, da sie sich meist in einem miserablen Zustand befinden. Willi Pusch: „Der Bund als Eigentümer und die Bahn haben diese für unsere Infrastruktur so wichtigen Verkehrswege in den vergangenen 20 Jahren durch permanente Fehlentscheidungen kaputt gespart.“ Auch sei es eine in hohem Maße unsoziale Lösung, den Lärm, die Erschütterungen, den

Dreck und die Feinstäube von den Autobahnen, abseits der Wohnquartiere, mit mehr als 100 km/h mitten durch zum Teil historische, aber mit Sicherheit immer in der Nähe der Schienen befindlichen Innenstädte zu jagen. Auch lasse sich mit dem Vorteil des geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoßes schwerlich punkten, da auf den elektrifizierten Strecken auch Dieselloks eingesetzt werden. Doch das schwerwiegende Argument gegen europaweite Schienengüterverkehre durch bewohnte Gebiete stellten die hochbrisanten

und oft explosiven Gefahrgüter dar, die täglich und besonders in der Nacht mit hohen Geschwindigkeiten auf schlecht gewarteten oder grundsätzlich ungeeigneten Schienenwegen mit über 40 Jahre alten Waggons an den Schlafzimmern der Menschen vorbeirasen. „Bei solch extremen Gefahrensituationen ist die Frage nicht ob, sondern wann es zu einer Katastrophe kommt“, so der Vorsitzende der Bürgervereinigung.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit führe der Güterzugunfall am 9. Juni zwischen

Lorch und Rüdesheim vor Augen. Dieses Beispiel zeige auf, dass die „kostensparende“ Wartung der stark befahrenen Güterzugstrecke durch die Streckenverantwortlichen ein Skandal ist. Das Rheintal brauche zum Überleben eine Alternativstrecke nur für den Schienengüterverkehr. „Das ist die einzige Lösung, solche gravierenden Gefahrensituationen für die Zukunft zu vermeiden. Deshalb fordern wir bis zum Nachweis der Sicherheit der gesamten Strecke im Rheingau und im Mittelrheintal die Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit für Güterzüge auf 50 km/h bzw. die Totalsperrung für Gefahrguttransporte“, fordert das Schreiben an den Verkehrsminister. Der möglichst baldige Bau einer Entlastungsstrecke werde umso dringlicher, da mit Eröffnung des Gotthardtunnels in der Schweiz die Anzahl der Güterzüge, die innerhalb von 24 Stunden rund um die Uhr durch das Rheintal fahren, von rund 280 auf rund 360 Güterzüge steigen wird. Damit sei die Kapazitätsgrenze der Strecke so gut wie erreicht. Die Höherstufung des „Korridor Mittelrhein von Troisdorf bis Mainz-Bischofsheim“ im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 in den „Vordringlichen Bedarf“ sei deshalb zielführend und eine nachhaltige Lösung für die Wirtschaftskraft sowie die Zukunft der Region und der hier lebenden Menschen, so die Bürgerinitiative.



**Mit dem Vorteil des geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beim Einsatz von Güterzügen lässt sich nur schwerlich punkten, auf der elektrifizierten Strecke im Mittelrheintal werden auch Dieselloks eingesetzt.**